



Ist es weiterhin nötig?
In welcher Qualität?

Johannes W. Lüthi

Als erstes müssen wir uns die Frage gefallen lassen nach dem „Genug“? Wie viele Güter (einschließlich Dienstleistungen) brauchen wir, um ein erfülltes Leben in Zufriedenheit und insbesondere auch verantwortbar nachhaltig leben zu können?

Es gibt nur ein einziges Gut, das alle Menschen gleichermaßen nötig haben: die Nahrung, Essen und Trinken in quantitativ wie qualitativ für den Organismus und seine Beanspruchung genügender Form.

Schon bei Kleidung und Obdach gibt es den klimatischen Verhältnissen entsprechend enorme Unterschiede. Die Gesundheitskosten hängen davon ab, wie weit ein Mensch gesund sein und bleiben darf. Dies wiederum ist abhängig von seinen Erbanlagen, zum Teil von der Möglichkeit, sich ausgewogen quantitativ und qualitativ genügend zu ernähren. Zum Teil hängt die Gesundheit ab von den Arbeitsbedingungen im Beruf, von den Umweltbedingungen, auch vom Alter. Sie ist zudem gefährdet durch allerhand Unfallgefahren und biologische Einwirkungen.

Der Zugang zu Bildung, Kultur, sozialer und religiöser Betätigung gehört sicher mit zum Grundbedarf des Menschen. Dazu gehören auch Sicherheitssysteme, die den Menschen vor Fremdeinwirkung, Gefährdung des Lebens oder des Eigentums, Folgen der Arbeitsunfähigkeit zufolge Krankheit oder Unfall, der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsunfähigkeit im Alter schützen.

Die Aufzählung ist nicht vollständig. Der Grundbedarf variiert nicht nur von Region zu Region, von Volk zu Volk, vor allem wegen der klimatischen Unterschiede. Der Grundbedarf ist praktisch für jeden Menschen ein wenig anders. Wichtig ist nun aber die folgende Frage:

Wie viele Güter begehren wir?

Was zum Grundbedarf zählt, definiert wohl jede Generation neu für sich. Manches, was heute als selbstverständlich gilt, gab es früher überhaupt nicht, oder es zählte zum Luxus.



Es scheint jedoch, als ob wir unersättlich wären. Wir haben heute zweifellos in den Industrienationen einen Stand erreicht, wo die meisten Bürger sich über den anerkannten Grundbedarf und über erwünschte Vorsorge für Alter und Unbill hinaus zum Teil ganz respektablen Wahlbedarf leisten können. Die Wirtschaft und mit ihr die Politik heizen das an, indem die Konsumfreudigkeit statistisch gemessen und Zuwachsraten als positive Signale zelebriert werden.

Inzwischen ist es ganz offensichtlich, dass seit einiger Zeit und zunehmend viele unter uns in den Industrienationen sich zu viel leisten. Das lässt sich daran messen, dass, würden alle Erdbewohner so viel Energie und Rohstoffe verbrauchen wollen wie wir, ein Kollaps nach dem heutigen Stand der Technik und dem heutigen Maß der Umweltbelastung unvermeidlich wäre. Ein ganz ärgerlicher Aspekt dieses Zustandes ist darin begründet, dass ein respektabler Teil unseres Überflusses darauf zurückzuführen ist, dass wir über ungerechte Güter- und Währungsaustausch-Verhältnisse andere Erdbewohner für uns arbeiten lassen.

Wir müssen uns deshalb schon langsam die Frage gefallen lassen, wann wir denn einmal genug haben und wo die edlen Werte Dankbarkeit, Genügsamkeit, Mitgefühl und Rücksichtnahme auf Mitmenschen und Umwelt geblieben sind.

Auf die große Wirtschaft übertragen lautet die Frage: Warum muss denn eine schon große Firma immer noch größer werden, indem sie andere aufkauft? Warum machen wir immer noch Bücklinge vor jenen, die am meisten zusammenraffen?

Die Erkenntnis, genug zu haben, macht uns frei, frei nicht nur davon, immer noch mehr zu wollen und zu fordern. Sie macht uns vor allem frei zur Solidarität mit jenen, die echt zu wenig haben. Etwa gar Jene zum „Gürtel enger schnallen“ anzuhalten, die nicht einmal den Grundbedarf decken können, das wäre nicht menschlich, nicht solidarisch. Solidarität und Gengüsamkeit machen uns dankbar und zufrieden. Und sie fördern umfassend verantwortliches Denken und Handeln.

Nachdem wir nun also einsichtig geworden sind, dass wir die Wirtschaft wesentlich durch unser Maßhalten beim Konsumieren vor weiterer Expansion bewahren können, gilt es zu überlegen, wie wir die Wirtschaft in unsern Erwartungen von den Folgen einer solchen Richtungsänderung entlasten.



Löst Wirtschaftswachstum das Problem der Arbeitslosigkeit?



In den letzten Jahrzehnten sind durch rationellere und durch automatisierte Fertigungs-Methoden ganze Heerscharen von Mitbürgern entbehrlich und arbeitslos geworden. Ein bescheidener Teil kam durch Weiterbildung in qualifizierten Aufgaben der Systemtechnik unter oder fand Arbeit in neuen Wirtschaftszweigen wie z.B. der Solartechnik. Dutzende von Millionen auf Einkommen angewiesener Mitbürgerinnen und Mitbürger aber hoffen auf und bewerben sich vergeblich um neue Arbeit.

Die vorherrschende Meinung in unsern Industrienationen geht nun dahin, von der Wirtschaft zu erwarten, dass sie neue Arbeitsplätze schafft. Ab und zu gelingt das auch, vor allem, wenn sinnvolle Neuerungen entwickelt und vom sonst gesättigten Markt auch willig aufgenommen werden. Solch qualifiziertes Wachstum ist hochwillkommen. Aber es vermag immer nur einen Teil der entbehrlich gewordenen Mitarbeitenden aufzufangen.

Mittel- und langfristig geht es sicher nicht ohne Arbeitszeitverkürzung bei gleichbleibendem (Monats-)Lohn. Die Arbeit, die für die Aufrechterhaltung unserer Wohlfahrt erforderlich ist, muss auf möglichst alle Schultern verteilt werden. Der Nutzen der Rationalisierung, die die Arbeitsstunden freigesetzt hat, muss auf alle verteilt werden, das heißt, die Arbeitsstunde wird teurer. Das setzt wiederum die nötige Kaufkraft zum Erwerb der lebensnotwendigen Güter frei. Es beruht auf einem fundamentalen Irrtum, wenn Firmen und Gemeinwesen in ihrer Sparwut diesen volkswirtschaftlichen Effekt ignorieren.



Wegen des globalen Wirtschafts-Wettbewerbs kann ein einzelnes Land eine Arbeitszeitverkürzung nicht im Alleingang vornehmen. Frankreich hat das versucht, musste aber teilweise zurückbuchstabieren.

Die fortgeschrittenen Wirtschaftsationen müssen sich durch globale Übereinkunft dazu durchringen, für das gravierende Problem der Massenarbeitslosigkeit auf solche Art eine dauerhafte Lösung durchzusetzen, vielleicht in kleinen Schritten. Ohne staatliche Normgebung funktioniert so etwas nicht.

Die Entwicklung zurückgebliebener Volkswirtschaften



Bevor wir die Arbeitszeit zurückfahren, sollten wir unbedingt mit Hilfe unserer Kapazitäten und unseres Knowhows den wirtschaftlich zurückgebliebenen Völkern besser beistehen. Unsere Entwicklungshilfe ist zu bescheiden. Ihre Erhöhung stösst immer wieder auf erbitterten Widerstand der Sparer, ob schon bekannt ist, dass sie in Form von Aufträgen an unsere Wirtschaft zurückkommt.

Die wirkungsvollste Hilfe wäre die Zubilligung gerechter, angemessener Güter- und Dienstleistungspreise im internationalen Verkehr, sowie insbesondere nach normativen Vorstellungen festzulegende, der Spekulation entzogene, Währungs-Austauschverhältnisse.

(Siehe hierzu Johannes W. Lüthi „Schritte aus Armut und Krisen“ ISBN 3-85555-044-1, ab S. 70, erschienen im Basilea Verlag Basel, erhältlich im Buchhandel)

Ein solcher Schritt gäbe den armen Ländern mit einem Schlag so viel Kaufkraft im globalen Markt, dass sie uns unsere teuren patentgesicherten Medikamente und sonstigen lebenswichtigen Güter wie hilfreiche Produktionsmaschinen abzukaufen in der Lage wären. Das wäre wirkungsvollste Entwicklungshilfe, ohne dass wir deswegen unser Staatsbudget weiter belasten müssten.

Ein solcher Schritt würde für längere Zeit unsere Arbeitslosenzahlen massiv reduzieren. Erst wenn dieser Nachholbedarf mittels wirtschaftslogischer Exporte langsam aufgefüllt wäre, käme die allgemeine Arbeitszeit-Reduktion zum Zuge.

Sichert Wirtschaftswachstum die Altersvorsorge?

In vielen Ländern basieren die Altersvorsorge-Systeme auf Lohn-bezogenen Beiträgen, oft paritätisch zulasten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu erbringen. Wo die Renten im Kapitaldeckungsverfahren versichert sind, geraten sie in letzter Zeit wegen des tiefen Zinsniveaus sicherer Anlagen unter Druck. Wird das Umlageverfahren angewandt, fehlen Mittel infolge der hohen Arbeitslosigkeit und weil die Menschen viel älter werden als früher.

Hier hoffen die Befürworter von Wirtschaftswachstum auf höhere Lohnsummen, deren Beiträge die Lücken füllen sollen.



Falls wir wirklich einsehen, dass ein dauerndes „immer noch mehr“ nicht zu verantworten und auch gar nicht nötig ist, werden wir schlicht der zunehmenden Lebenserwartung, bzw. dem gesunkenen Zinsniveau angepasste höhere Beiträge in die Altersvorsorgeeinrichtungen leisten müssen. Das ist auch unter der Voraussetzung existenzsichernder Löhne durchaus möglich. Ein Umschwenken von der Wegwerf-Mentalität zu mehr Nachhaltigkeit könnte ebenfalls Mittel freisetzen für erhöhte Beiträge an ein Alter in Würde.

Sichert Wirtschaftswachstum die Steuereinnahmen?

Diese Behauptung ist kaum zu beweisen. Oft setzen Neuansiedlungen von Produktionsanlagen enorme Vorleistungen der öffentlichen Hand, vor allem im Bereich der Infrastruktur, voraus. Kommen dazu noch Steuervergünstigungen bis 10 Jahre und verschwindet die Firma alsdann möglicherweise sogar an einen neuen Standort mit noch günstigeren Kostenstrukturen, dann zeigt das erhoffte Wirtschaftswachstum sein hässliches Gesicht.

Wirtschaftswachstum als Antrieb für die Gewinn gier von Kapitaleignern und erfolgsbezogen entlohnten Managern.

Diese Gier ist zweifellos ein großes Hindernis auf dem Weg zu einer gesitteteren, verantwortbaren, ökologisch nachhaltiger operierenden Wirtschaft. Hier stimme ich Josef Hüwe zu.

(Siehe seinen Beitrag „Warum Wirtschaftswachstum“ in „HUMANE WIRTSCHAFT“ Nov./Dez. 2010, Seite 44).

Schlussfolgerung

Für Meinungsbildner, Parlamentarier, Politiker, Entscheidungsträger darf zweifelsfrei festgehalten werden, dass es ernstzunehmende Alternativen zu einem ungehemmten Wirtschaftswachstum durchaus gibt. Eine humane und ökosoziale Wirtschaft ist möglich. Das Ziel ist aufgezeigt. Machen wir uns auf den Weg.

HUMANE
WIRTSCHAFT

Zum Autor

Johannes W. Lüthi



Jahrgang 1934,
Bankfachmann,
45 Jahre eigene
Praxis für Steuer- und
Wirtschaftsberatung
lebt in Brienz/Schweiz

E-Mail: hans.luethi@elocom.ch